

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Brandenburgisches Justizvollzugsgesetz (Drucksache 5/6437)

„Neues Justizvollzugsgesetz ausfinanzieren, Stellenbedarf absichern“

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis Ende August 2013 die Ausfinanzierung des neuen Justizvollzugsgesetzes nachzuweisen. Dazu sind in den Stellenplänen zu Titel 04 050 422 10 „Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter“ und 04 050 428 10 „Entgelte der Arbeitnehmer“ auf der Grundlage des festgestellten Bedarfs nach dem neuem Justizvollzugsgesetzes zusätzliche Stellen auszubringen und deren Finanzierung darzustellen. Der Antrag zur Einwilligung gemäß § 13 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2013/14 ist dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen zeitnah vorzulegen.

Begründung:

Im Gesetzentwurf selbst wurde bereits festgestellt: „Durch das Gesetz werden Personal-, Sach- bzw. Verfahrensstandards nicht grundsätzlich verändert. Jedoch verlangt das Gesetz eine intensivere Umsetzung der weitgehend auch schon jetzt bestehenden Vorgaben in der Praxis. Dies führt zu erhöhten Personalbedarfen, etwa für die Betreuung von Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung oder für die Ausweitung des Wohngruppenvollzugs.“

Die Ausgaben sind daher dringlich und unabweisbar, um das neue Justizvollzugsgesetz in Brandenburg umzusetzen.

Auch die Anhörung hat ergeben, dass zur Umsetzung des neuen Justizvollzugsgesetzes mehr Personal notwendig ist.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN